

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes **zu dem Vertrag vom 28. August 1997** **zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Turkmenistan** **über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen**

A. Zielsetzung

Verstärkung der beiderseitigen Wirtschaftsbeziehungen durch Förderung und gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen.

B. Lösung

Völkerrechtliche Absicherung von Direktinvestitionen, insbesondere durch Gewährleistung des freien Transfers von Kapital und Erträgen, Vereinbarung von Inländerbehandlung und Meistbegünstigung, Enteignungsschutz und Entschädigungspflicht sowie Rechtsweggarantie und internationaler Schiedsgerichtsbarkeit.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten der öffentlichen Haushalte

1. Haushaltsausgaben ohne Vollzugsaufwand

Keine

2. Vollzugsaufwand

Es entsteht kein Vollzugsaufwand.

Fristablauf: 15. 10. 99

E. Sonstige Kosten

Kosten für die Wirtschaft und für soziale Sicherungssysteme entstehen nicht.

03. 09. 99

Wi

Gesetzentwurf
der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes
zu dem Vertrag vom 28. August 1997
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Turkmenistan
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
042 (432) – 651 09 – Ka 119/99

Berlin, den 3. September 1999

An den
Präsidenten des Bundesrates

Hiermit übersende ich gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 28. August 1997 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Turkmenistan über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

mit Begründung und Vorblatt.

Der Gesetzentwurf ist vom Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie und vom Auswärtigen Amt gemeinsam erstellt worden.

Gerhard Schröder

Entwurf
Gesetz
zu dem Vertrag vom 28. August 1997
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Turkmenistan
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen
Vom

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Bonn am 28. August 1997 unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Turkmenistan über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen sowie dem dazugehörigen Protokoll vom selben Tage wird zugestimmt. Der Vertrag und das Protokoll werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tage an dem der Vertrag nach seinem Artikel 14 Abs. 2 und das Protokoll in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf den Vertrag findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da er sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 105 Abs. 3 des Grundgesetzes erforderlich, weil das im Vertrag vereinbarte Diskriminierungsverbot sich auch auf Steuern bezieht, deren Aufkommen den Ländern oder den Gemeinden ganz oder zum Teil zufließt.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem der Vertrag nach seinem Artikel 14 Abs. 2 und das Protokoll in Kraft treten, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht mit Kosten belastet. Auswirkungen auf die Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten, da es sich um einen Rechtsrahmen handelt, der über den in der Bundesrepublik Deutschland ohnehin bestehenden Rechtsschutz nicht hinausgeht.

Kosten bei Wirtschaftsunternehmen, insbesondere bei mittelständischen Unternehmen, entstehen durch die Ausführung des Gesetzes nicht, da es ausschließlich einen erweiterten völkerrechtlichen Rechtsschutz für Investitionen in Turkmenistan schafft.

Vertrag
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Turkmenistan
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

Договор
между Федеративной Республикой Германия и Туркменистаном
о содействии осуществлению и взаимной защите капиталовложений

Die Bundesrepublik Deutschland
und
Turkmenistan,

Федеративная Республика Германия
и
Туркменистан,

in dem Wunsch, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Vertragsstaaten zu vertiefen,

in dem Bestreben, günstige Bedingungen für Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften des einen Vertragsstaats im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats zu schaffen,

in der Erkenntnis, daß eine Förderung und ein vertraglicher Schutz dieser Kapitalanlagen geeignet sind, die private wirtschaftliche Initiative zu beleben und den Wohlstand beider Völker zu mehren –

haben folgendes vereinbart:

Artikel 1

Für die Zwecke dieses Vertrags

1. umfaßt der Begriff „Kapitalanlagen“ Vermögenswerte jeder Art, insbesondere
 - a) Eigentum an beweglichen und unbeweglichen Sachen sowie sonstige dingliche Rechte wie Hypotheken und Pfandrechte;
 - b) Anteilsrechte an Gesellschaften und andere Arten von Beteiligungen an Gesellschaften;
 - c) Ansprüche auf Geld, das verwendet wurde, um einen wirtschaftlichen Wert zu schaffen, oder Ansprüche auf Leistungen, die einen wirtschaftlichen Wert haben;
 - d) Rechte des geistigen Eigentums, wie insbesondere Urheberrechte, Patente, Gebrauchsmuster, gewerbliche Muster und Modelle, Marken, Handelsnamen, Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse, technische Verfahren, Know-how und Goodwill;
 - e) öffentlich-rechtliche Konzessionen einschließlich Aufschungs- und Gewinnungskonzessionen;eine Änderung der Form, in der Vermögenswerte angelegt werden, läßt ihre Eigenschaft als Kapitalanlage unberührt;
2. bezeichnet der Begriff „Erträge“ diejenigen Beträge, die auf eine Kapitalanlage für einen bestimmten Zeitraum anfallen, wie Gewinnanteile, Dividenden, Zinsen, Lizenz- oder andere Entgelte;

желая углублять экономическое сотрудничество между двумя Договаривающимися Государствами,

стремясь создать благоприятные условия для осуществления капиталовложений граждан или компаний одного Договаривающегося Государства на территории другого Договаривающегося Государства,

сознавая, что содействие осуществлению и договорная защита этих капиталовложений могут оживить частную экономическую инициативу и приумножить благосостояние обоих народов,

договорились о нижеследующем:

Статья 1

Для целей настоящего Договора:

1. термин „капиталовложения“ охватывает все виды имущественных ценностей, а в частности:
 - a) собственность в виде движимых и недвижимых предметов, а также другие имущественные права, такие как ипотечные права и права залога;
 - b) права на долевое участие и другие формы участия в компаниях;
 - в) право требования по денежным средствам, использованным для создания экономических ценностей, или услугам, имеющим экономическую ценность;
 - г) права интеллектуальной собственности, такие как, в частности, авторские права, патенты, полезные модели, промышленные образцы и модели, товарные знаки, фирменные наименования, производственные и коммерческие тайны, технология, „ноу-хау“ и „гудвил“;
 - д) общественно-правовые концессии, включая концессии на разведку и добычу природных ресурсов;изменение вида вложения имущественных ценностей не затрагивает их свойство как капиталовложения;
2. термин „доходы“ означает суммы, получаемые от капиталовложения за определенный период, такие как доли прибыли, дивиденды, проценты, лицензионные или другие вознаграждения;

3. bezeichnet der Begriff „Staatsangehörige“

a) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland:

Deutsche im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland;

b) in bezug auf Turkmenistan:

natürliche Personen, die Staatsangehörige Turkmenistans gemäß dem geltenden Gesetz über die Staatsbürgerschaft Turkmenistans sind;

4. bezeichnet der Begriff „Gesellschaften“

a) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland:

jede juristische Person sowie jede Handelsgesellschaft oder sonstige Gesellschaft oder Vereinigung mit oder ohne Rechtspersönlichkeit, die ihren Sitz im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland hat, gleichviel, ob ihre Tätigkeit auf Gewinn gerichtet ist oder nicht,

b) in bezug auf Turkmenistan:

jede juristische Person oder Genossenschaft oder sonstige Gesellschaft oder Vereinigung mit Rechtspersönlichkeit, die gemäß den Rechtsvorschriften Turkmenistans gegründet worden ist und in seinem Hoheitsgebiet ihren Sitz hat.

Artikel 2

(1) Jeder Vertragsstaat wird in seinem Hoheitsgebiet Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften des anderen Vertragsstaats nach Möglichkeit fördern und diese Kapitalanlagen in Übereinstimmung mit seinen Rechtsvorschriften zulassen. Er wird Kapitalanlagen in jedem Fall gerecht und billig behandeln.

(2) Ein Vertragsstaat wird die Verwaltung, die Verwendung, den Gebrauch oder die Nutzung der Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften des anderen Vertragsstaats in seinem Hoheitsgebiet in keiner Weise durch willkürliche oder diskriminierende Maßnahmen beeinträchtigen.

Artikel 3

(1) Jeder Vertragsstaat behandelt Kapitalanlagen in seinem Hoheitsgebiet, die im Eigentum oder unter dem Einfluß von Staatsangehörigen oder Gesellschaften des anderen Vertragsstaats stehen, nicht weniger günstig als Kapitalanlagen der eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Kapitalanlagen von Staatsangehörigen und Gesellschaften dritter Staaten.

(2) Jeder Vertragsstaat behandelt Staatsangehörige oder Gesellschaften des anderen Vertragsstaats hinsichtlich ihrer Betätigung im Zusammenhang mit Kapitalanlagen in seinem Hoheitsgebiet nicht weniger günstig als seine eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Staatsangehörige und Gesellschaften dritter Staaten.

(3) Diese Behandlung bezieht sich nicht auf Vorrechte, die ein Vertragsstaat den Staatsangehörigen oder Gesellschaften dritter Staaten wegen seiner Mitgliedschaft in einer Zoll- oder Wirtschaftsunion, einem gemeinsamen Markt oder einer Freihandelszone oder wegen seiner Assoziierung damit einräumt.

(4) Die in diesem Artikel gewährte Behandlung bezieht sich nicht auf Vergünstigungen, die ein Vertragsstaat den Staatsangehörigen oder Gesellschaften dritter Staaten aufgrund eines Doppelbesteuerungsabkommens oder sonstiger Vereinbarungen über Steuerfragen gewährt.

3. термин "граждане" означает:

a) в отношении Федеративной Республики Германия:

немцев в соответствии с Основным законом Федеративной Республики Германия;

б) в отношении Туркменистана:

физических лиц, являющихся гражданами Туркменистана в соответствии с действующим Законом о гражданстве Туркменистана;

4. термин "компания" означает:

a) в отношении Федеративной Республики Германия:

любое юридическое лицо или торговое общество, прочие компании или объединения с правами юридического лица или без них, с местом расположения на территории федеративной Республики Германия, невзирая на то, направлена ли их деятельность на получение прибыли или нет;

б) в отношении Туркменистана:

любое юридическое лицо или товарищество, прочие компании или объединения с правами юридического лица, которые созданы в соответствии с законодательством Туркменистана и расположены на его территории;

Статья 2

(1) Каждое из Договаривающихся Государств по мере возможностей будет способствовать капиталовложениям граждан или компаний другого Договаривающегося Государства и будет разрешать эти капиталовложения в соответствии со своим законодательством. Оно в каждом конкретном случае будет обращаться с капиталовложениями со всей справедливостью.

(2) Ни одно из Договаривающихся Государств на своей территории никоим образом не будет ущемлять за счет принятия произвольных или дискриминационных мер управление и распоряжение капиталовложениями гражданами или компаниями другого Договаривающегося Государства, а также их применение и использование.

Статья 3

(1) Каждое из Договаривающихся Государств обеспечивает на своей территории в отношении капиталовложений, находящихся в собственности или под влиянием граждан или компаний другого Договаривающегося Государства, режим не менее благоприятный, чем в отношении капиталовложений собственных граждан или компаний или капиталовложений граждан или компаний третьих государств.

(2) Каждое из Договаривающихся Государств обеспечивает на своей территории в отношении граждан или компаний другого Договаривающегося Государства в том, что касается их деятельности в связи с капиталовложениями, режим не менее благоприятный, чем в отношении собственных граждан или компаний, или граждан или компаний третьих государств.

(3) Этот режим не распространяется на преимущества, которые одно Договаривающееся Государство предоставляет гражданам или компаниям третьих государств в связи с их участием в таможенном или экономическом союзе, общем рынке или зоне свободной торговли или в связи с их ассоциацией с ними.

(4) Режим, предоставляемый в соответствии с настоящей Статьей, не распространяется на льготы, которые одно Договаривающееся Государство предоставляет гражданам или компаниям третьих государств на основании соглашения об избежании двойного налогообложения или других договоренностей по налоговым вопросам.

Artikel 4

(1) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften eines Vertragsstaats genießen im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats vollen Schutz und volle Sicherheit.

(2) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften eines Vertragsstaats dürfen im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats nur zum allgemeinen Wohl und gegen Entschädigung enteignet, verstaatlicht oder anderen Maßnahmen unterworfen werden, die in ihren Auswirkungen einer Enteignung oder Verstaatlichung gleichkommen. Die Entschädigung muß dem Wert der enteigneten Kapitalanlage unmittelbar vor dem Zeitpunkt entsprechen, in dem die tatsächliche oder drohende Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbare Maßnahme öffentlich bekannt wurde. Die Entschädigung muß unverzüglich geleistet werden und ist bis zum Zeitpunkt der Zahlung mit dem üblichen bankmäßigen Zinssatz zu verzinsen; sie muß tatsächlich verwertbar und frei transferierbar sein. Spätestens im Zeitpunkt der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbaren Maßnahme muß in geeigneter Weise für die Festsetzung und Leistung der Entschädigung Vorsorge getroffen sein. Die Rechtmäßigkeit der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbaren Maßnahme und die Höhe der Entschädigung müssen in einem ordentlichen Rechtsverfahren nachgeprüft werden können.

(3) Staatsangehörige oder Gesellschaften eines Vertragsstaats, die durch Krieg oder sonstige bewaffnete Auseinandersetzungen, Revolution, Staatsnotstand oder Aufruhr im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats Verluste an Kapitalanlagen erleiden, werden von diesem Vertragsstaat hinsichtlich der Rückerstattungen, Abfindungen, Entschädigungen oder sonstigen Gegenleistungen nicht weniger günstig behandelt als seine eigenen Staatsangehörigen oder Gesellschaften. Solche Zahlungen müssen frei transferierbar sein.

(4) Hinsichtlich der in diesem Artikel geregelten Angelegenheiten genießen die Staatsangehörigen oder Gesellschaften eines Vertragsstaats im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats Meistbegünstigung.

Artikel 5

Jeder Vertragsstaat gewährleistet den Staatsangehörigen oder Gesellschaften des anderen Vertragsstaats den freien Transfer der im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehenden Zahlungen, insbesondere

- a) des Kapitals und zusätzlicher Beträge zur Aufrechterhaltung oder Ausweitung der Kapitalanlage;
- b) der Erträge;
- c) zur Rückzahlung von Darlehen;
- d) des Erlöses im Fall vollständiger oder teilweiser Liquidation oder Veräußerung der Kapitalanlage;
- e) der in Artikel 4 vorgesehenen Entschädigungen.

Artikel 6

Leistet ein Vertragsstaat seinen Staatsangehörigen oder Gesellschaften Zahlungen aufgrund einer Gewährleistung für eine Kapitalanlage im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats, so erkennt dieser andere Vertragsstaat, unbeschadet der Rechte des erstgenannten Vertragsstaats aus Artikel 10, die Übertragung aller Rechte oder Ansprüche dieser Staatsangehörigen oder Gesellschaften kraft Gesetzes oder aufgrund Rechtsge-

Статья 4

(1) Капиталовложения граждан или компаний одного Договаривающегося Государства на территории другого Договаривающегося Государства пользуются полной защитой и безопасностью.

(2) Капиталовложения граждан или компаний одного Договаривающегося Государства могут быть подвергнуты мерам по принудительному изъятию, национализации или другим мерам, аналогичным им по своим последствиям, на территории другого Договаривающегося Государства только в общественных интересах и с выплатой компенсации. Компенсация должна соответствовать стоимости изъятых капиталовложений, определенной непосредственно перед моментом, когда официально стало известно о фактически осуществленных или предстоящих мерах по принудительному изъятию, национализации или мерах с аналогичными последствиями. Компенсация должна выплачиваться незамедлительно и до момента ее выплаты на сумму компенсации начисляются банковские проценты в соответствии с действующей процентной ставкой; она должна быть практически используемой и свободно трансформируемой. Не позднее момента осуществления принудительного изъятия, национализации или меры, аналогичной им по своему характеру, должны быть приняты надлежащие профилактические меры по определению суммы и порядку выплаты компенсации. Должна быть предусмотрена возможность судебного рассмотрения правомерности осуществления принудительного изъятия, национализации или меры, аналогичной им по своему характеру, а также размера компенсации.

(3) Гражданам или компаниям одного Договаривающегося Государства, капиталовложениям которых нанесен ущерб на территории другого Договаривающегося Государства вследствие войны или прочих вооруженных столкновений, революции, чрезвычайного положения или мятежа, будет предоставлен этим Договаривающимся Государством режим, не менее благоприятный в отношении возмещения убытков, отступных сумм, компенсаций или прочих вознаграждений, чем для своих граждан или компаний. Эти суммы должны быть свободно трансформируемыми.

(4) Граждане или компании одного Договаривающегося Государства на территории другого Договаривающегося Государства пользуются режимом наибольшего благоприятствования в отношении вопросов, урегулированных настоящей Статьей.

Статья 5

Каждое из Договаривающихся Государств гарантирует гражданам или компаниям другого Договаривающегося Государства свободный трансфер платежей в связи с капиталовложением, в частности:

- a) капитала и дополнительных сумм для поддержания или увеличения объема капиталовложения;
- b) доходов;
- v) сумм, выплачиваемых в погашение займов;
- г) выручки, возникающей в связи с полной или частичной ликвидацией или продажей капиталовложения;
- d) компенсаций, предусмотренных в Статье 4 настоящего Договора.

Статья 6

Если одно из Договаривающихся Государств осуществляет выплату сумм своим гражданам или компаниям на основании гарантии капиталовложения на территории другого Договаривающегося Государства, то это Договаривающееся Государство, без ущемления для вытекающих из Статьи 10 настоящего Договора прав первого Договаривающегося Государства, будет признавать передачу перво-

schäfts auf den erstgenannten Vertragsstaat an. Ferner erkennt der andere Vertragsstaat den Eintritt des erstgenannten Vertragsstaats in alle diese Rechte oder Ansprüche (übertragene Rechte oder Ansprüche) an, welche der erstgenannte Vertragsstaat in demselben Umfang wie sein Rechtsvorgänger auszuüben berechtigt ist. Für den Transfer von Zahlungen, die aufgrund der übertragenen Ansprüche geleistet werden, gelten Artikel 4 Absätze 2 und 3 und Artikel 5 entsprechend.

Artikel 7

(1) Der Transfer von in Artikel 4 Absatz 2 oder 3, Artikel 5 oder 6 erwähnten Zahlungen erfolgt unverzüglich zu dem jeweils gültigen Kurs.

(2) Dieser Kurs muß dem Kreuzkurs (cross rate) entsprechen, der sich aus denjenigen Umrechnungskursen ergibt, die der Internationale Währungsfonds zum Zeitpunkt der Zahlung Umrechnungen der betreffenden Währungen in Sonderziehungsrechte zugrunde legen würde.

Artikel 8

(1) Ergibt sich aus den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats oder aus völkerrechtlichen Verpflichtungen, die neben diesem Vertrag zwischen den Vertragsstaaten bestehen oder in Zukunft begründet werden, eine allgemeine oder besondere Regelung, durch die den Kapitalanlagen der Staatsangehörigen oder Gesellschaften des anderen Vertragsstaats eine günstigere Behandlung als nach diesem Vertrag zu gewähren ist, so geht diese Regelung dem vorliegenden Vertrag insoweit vor, als sie günstiger ist.

(2) Jeder Vertragsstaat wird jede andere Verpflichtung einhalten, die er in Bezug auf Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften des anderen Vertragsstaats in seinem Hoheitsgebiet übernommen hat.

Artikel 9

Dieser Vertrag gilt auch für Kapitalanlagen, die Staatsangehörige oder Gesellschaften des einen Vertragsstaats in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats in dessen Hoheitsgebiet schon vor dem Inkrafttreten dieses Vertrags vorgenommen haben.

Artikel 10

(1) Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsstaaten über die Auslegung oder Anwendung dieses Vertrags sollen, soweit möglich, durch die Regierungen der beiden Vertragsstaaten beigelegt werden.

(2) Kann eine Meinungsverschiedenheit auf diese Weise nicht beigelegt werden, so ist sie auf Verlangen eines der beiden Vertragsstaaten einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jeder Vertragsstaat ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Obmann einigen, der von den Regierungen der beiden Vertragsstaaten zu bestellen ist. Die Mitglieder sind innerhalb von zwei Monaten, der Obmann innerhalb von drei Monaten zu bestellen, nachdem der eine Vertragsstaat dem anderen mitgeteilt hat, daß er die Meinungsverschiedenheit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

му Договаривающемуся Государству всех прав или притязаний этих граждан или компаний в силу закона или договора. Кроме того, другое Договаривающееся Государство признает вступление первого Договаривающегося Государства во все эти права или притязания (переданные права или притязания), которые первое Договаривающееся Государство вправе осуществлять в том же объеме, что и его предшественник по праву. В отношении трансферта платежей, осуществляемых на основании переданных притязаний, действуют соответственно пункты 2 и 3 Статьи 4, а также Статья 5 настоящего Договора.

Статья 7

(1) Трансферт платежей, указанных в пунктах 2 или 3 Статьи 4, а также в Статьях 5 или 6, будет осуществляться незамедлительно по курсу, действующему в данный момент.

(2) Этот курс должен соответствовать совмещенному курсу (cross rate), вытекающему из тех расчетных курсов, которые Международный валютный фонд взял бы за основу пересчета соответствующих валют в специальные права заимствования в момент осуществления платежей.

Статья 8

(1) Если из законодательства одного Договаривающегося Государства или международно-правовых соглашений, существующих между Договаривающимися Государствами наряду с настоящим Договором или заключаемых ими в будущем, вытекает общее или специальное положение, согласно которому капиталовложения граждан или компаний другого Договаривающегося Государства пользуются более благоприятным режимом, чем по настоящему Договору, то такое положение будет иметь преимущество перед положениями настоящего Договора в той части, в которой оно более благоприятно.

(2) Каждое из Договаривающихся Государств будет соблюдать любое другое обязательство, которое оно приняло на себя в отношении капиталовложений граждан или компаний другого Договаривающегося Государства на своей территории.

Статья 9

Настоящий Договор действует также в отношении капиталовложений, которые были осуществлены гражданами или компаниями одного Договаривающегося Государства в соответствии с законодательством другого Договаривающегося Государства на его территории еще до вступления в силу настоящего Договора.

Статья 10

(1) Споры между обоими Договаривающимися Государствами о толковании или применении настоящего Договора, по возможности, будут решаться правительствами двух Договаривающихся Государств.

(2) Если спор не может быть урегулирован таким путем, то по требованию одного из Договаривающихся Государств он передается на решение арбитражного суда.

(3) Арбитражный суд создается для каждого конкретного случая, причем каждое Договаривающееся Государство назначает по одному члену арбитражного суда, и оба члена арбитражного суда совместно договариваются о кандидатуре гражданина третьего государства, который назначается правительствами обоих Договаривающихся Государств в качестве председателя арбитражного суда. Члены арбитражного суда должны быть назначены в течение двух месяцев, а председатель арбитражного суда – в течение трех месяцев с момента, когда одно из Договаривающихся Государств сообщит другому Договаривающемуся Государству о своем намерении передать спор на решение арбитражного суда.

(4) Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jeder Vertragsstaat den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident die Staatsangehörigkeit eines der beiden Vertragsstaaten oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, so soll der Vizepräsident die Ernennungen vornehmen. Besitzt auch der Vizepräsident die Staatsangehörigkeit eines der beiden Vertragsstaaten oder ist auch er verhindert, so soll das im Rang nächstfolgende Mitglied des Gerichtshofs, das nicht die Staatsangehörigkeit eines der beiden Vertragsstaaten besitzt, die Ernennungen vornehmen.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidungen sind bindend. Jeder Vertragsstaat trägt die Kosten seines Mitglieds sowie seiner Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht; die Kosten des Obmanns sowie die sonstigen Kosten werden von den beiden Vertragsstaaten zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht kann eine andere Kostenregelung treffen. Im übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

(6) Sind beide Vertragsstaaten auch Vertragsstaaten des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten, so kann mit Rücksicht auf die Regelung in Artikel 27 Absatz 1 des Übereinkommens das vorstehend vorgesehene Schiedsgericht insoweit nicht angerufen werden, als zwischen dem Staatsangehörigen oder der Gesellschaft eines Vertragsstaats und dem anderen Vertragsstaat eine Vereinbarung nach Maßgabe des Artikels 25 des Übereinkommens zustande gekommen ist. Die Möglichkeit, das vorstehend vorgesehene Schiedsgericht im Fall der Nichtbeachtung einer Entscheidung des Schiedsgerichts des genannten Übereinkommens (Artikel 27) oder im Fall der Übertragung kraft Gesetzes oder aufgrund Rechtsgeschäfts nach Artikel 6 dieses Vertrags anzurufen, bleibt unberührt.

Artikel 11

(1) Meinungsverschiedenheiten in Bezug auf Kapitalanlagen zwischen einem der Vertragsstaaten und einem Staatsangehörigen oder einer Gesellschaft des anderen Vertragsstaats sollen, soweit möglich, zwischen den Streitparteiern gütlich beigelegt werden.

(2) Kann die Meinungsverschiedenheit innerhalb einer Frist von sechs Monaten ab dem Zeitpunkt ihrer Geltendmachung durch eine der beiden Streitparteien nicht beigelegt werden, so wird sie auf Verlangen des Staatsangehörigen oder der Gesellschaft des anderen Vertragsstaats einem Schiedsverfahren unterworfen. Sofern die Streitparteien keine abweichende Vereinbarung treffen, wird die Meinungsverschiedenheit einem Schiedsverfahren im Rahmen des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten unterworfen.

(3) Der Schiedsspruch ist bindend und unterliegt keinen anderen als den in dem genannten Übereinkommen vorgesehenen Rechtsmitteln oder sonstigen Rechtsbehelfen. Er wird nach innerstaatlichem Recht vollstreckt.

(4) Der an der Streitigkeit beteiligte Vertragsstaat wird während eines Schiedsverfahrens oder der Vollstreckung eines Schiedsspruchs nicht als Einwand geltend machen, daß der Staatsangehörige oder die Gesellschaft des anderen Vertragsstaats eine Entschädigung für einen Teil des Schadens oder den Gesamtschaden aus einer Versicherung erhalten hat.

(4) Если сроки, указанные в пункте 3 настоящей Статьи, не будут соблюдены, то при отсутствии иной договоренности каждое Договаривающееся Государство может обратиться к председателю Международного суда ООН с просьбой осуществить необходимые назначения. Если председатель имеет гражданство одного из Договаривающихся Государств или другая причина мешает ему осуществить назначения, то его заместитель осуществит их. В том случае, если и заместитель председателя имеет гражданство одного из Договаривающихся Государств или он лишен возможности действовать, то назначения осуществит следующий по чину член Международного суда, не имеющий гражданства одного из Договаривающихся Государств.

(5) Арбитражный суд выносит свое решение большинством голосов. Это решение имеет обязательную силу. Каждое из Договаривающихся Государств несет расходы, связанные с деятельностью назначенного им члена арбитражного суда, а также по своему представительству в арбитражном процессе; расходы, связанные с деятельностью председателя арбитражного суда, а также прочие расходы Договаривающихся Государств несут в равных долях. Арбитражный суд может договориться о другом урегулировании вопроса о несении расходов. По всем остальным вопросам арбитражный суд определяет порядок своей работы самостоятельно.

(6) Если оба Договаривающихся Государства являются также государствами-участниками Конвенции об урегулировании споров между государствами и гражданами других государств относительно капиталовложений от 18 марта 1965 года, то с учетом положений пункта 1 Статьи 27 Конвенции невозможно обратиться к вышеуказанному арбитражному суду, пока между гражданином или компанией одного Договаривающегося Государства и другого Договаривающегося Государства достигнута договоренность в соответствии со Статьей 25 Конвенции. Этим не затрагивается возможность обратиться к вышеуказанному арбитражному суду в случае несоблюдения решения арбитражного суда, действующего в соответствии с упомянутой Конвенцией (Статья 27), или в случае передачи прав в силу закона или на основании договора согласно Статье 6 настоящего Договора.

Статья 11

(1) Споры относительно капиталовложений между одним Договаривающимся Государством и гражданином или компанией другого Договаривающегося Государства, по возможности, должны регулироваться сторонами в споре дружественным путем.

(2) Если спор не может быть урегулирован в течение шести месяцев с момента заявления о нем одной из сторон в споре, то по требованию гражданина или компании другого Договаривающегося Государства он передается на решение арбитражного суда. Если стороны в споре не договариваются об иной процедуре, то спор будет рассматриваться в арбитражном суде в соответствии с Конвенцией об урегулировании споров между государствами и гражданами других государств относительно капиталовложений от 18 марта 1965 года.

(3) Решение арбитражного суда имеет обязательную силу и не подлежит обжалованию, за исключением тех случаев, которые предусмотрены упомянутой Конвенцией. Решение приводится в исполнение в соответствии с национальным законодательством.

(4) Во время арбитражного разбирательства или исполнения решения арбитражного суда участвующее в споре Договаривающееся Государство не будет выдвигать в качестве аргумента то, что гражданин или компания другого Договаривающегося Государства получили частичную или полную компенсацию за понесенный ущерб на основании страхования.

Artikel 12

Dieser Vertrag gilt unabhängig davon, ob zwischen den beiden Vertragsstaaten diplomatische oder konsularische Beziehungen bestehen.

Artikel 13

Das beiliegende Protokoll ist Bestandteil dieses Vertrags.

Artikel 14

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich ausgetauscht.

(2) Dieser Vertrag tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft. Er bleibt zehn Jahre lang in Kraft; nach deren Ablauf verlängert sich die Geltungsdauer auf unbegrenzte Zeit, sofern nicht einer der beiden Vertragsstaaten den Vertrag mit einer Frist von zwölf Monaten vor Ablauf schriftlich kündigt. Nach Ablauf von zehn Jahren kann der Vertrag jederzeit mit einer Frist von zwölf Monaten gekündigt werden.

(3) Für Kapitalanlagen, die bis zum Zeitpunkt des Außerkrafttretens dieses Vertrags vorgenommen worden sind, gelten die Artikel 1 bis 13 noch für weitere fünfzehn Jahre vom Tag des Außerkrafttretens des Vertrags an.

Geschehen zu Bonn am 28. August 1997 in zwei Urschriften, jede in deutscher, turkmenischer und russischer Sprache, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung des deutschen und des turkmenischen Wortlauts ist der russische Wortlaut maßgebend.

Статья 12

Настоящий Договор действует независимо от того, существуют ли между обоими Договаривающимися Государствами дипломатические или консульские отношения.

Статья 13

Прилагаемый Протокол является составной частью настоящего Договора.

Статья 14

(1) Настоящий Договор подлежит ратификации; обмен ратификационными грамотами будет осуществлен в возможно короткий срок.

(2) Настоящий Договор вступит в силу через один месяц после обмена ратификационными грамотами. Он будет действовать в течение десяти лет. Если ни одно из Договаривающихся Государств не заявит в письменной форме о денонсации настоящего Договора за двенадцать месяцев до истечения срока его действия, настоящий Договор продлевается на неограниченный срок. По истечении десяти лет действие настоящего Договора может быть прекращено в любое время при соблюдении срока денонсации в двенадцать месяцев.

(3) В отношении капиталовложений, осуществленных до момента прекращения действия настоящего Договора, Статьи 1-13 будут оставаться в силе в течение дальнейших пятнадцати лет со дня прекращения действия настоящего Договора.

Совершено в г. Бонне "28" августа 1997 года в двух экземплярах, каждый на немецком, туркменском и русском языках, причем все тексты имеют силу. В случае возникновения расхождений в толковании немецкого и туркменского текстов, русский текст является основным.

Für die Bundesrepublik Deutschland
За Федеративную Республику Германия
von Ploetz

Für Turkmenistan
За Туркменистан
Gurbanmuradov

Protokoll
zum Vertrag
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Turkmenistan
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

Протокол
к Договору между
Федеративной Республикой Германия и Туркменистаном
о содействии осуществлению и взаимной защите капиталовложений

Bei der Unterzeichnung des Vertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Turkmenistan über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen haben die hierzu gehörig befugten Bevollmächtigten außerdem folgende Bestimmungen vereinbart, die als Bestandteil des Vertrags gelten:

(1) Zu Artikel 1

- a) Erträge aus der Kapitalanlage und im Fall ihrer Wiederanlage auch deren Erträge genießen den gleichen Schutz wie die Kapitalanlage.
- b) Unbeschadet anderer Verfahren zur Feststellung der Staatsangehörigkeit gilt insbesondere als Staatsangehöriger eines Vertragsstaats jede Person, die einen von den zuständigen Behörden des betreffenden Vertragsstaats ausgestellten nationalen Reisepaß besitzt.

(2) Zu Artikel 2

- a) Kapitalanlagen, die in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats in seinem Hoheitsgebiet von Staatsangehörigen oder Gesellschaften des anderen Vertragsstaats vorgenommen sind, genießen den vollen Schutz des Vertrags.
- b) Der Vertrag gilt auch in den Gebieten der ausschließlichen Wirtschaftzone und des Festlandsockels, soweit das Völkerrecht dem jeweiligen Vertragsstaat die Ausübung von souveränen Rechten oder Hoheitsbefugnissen in diesen Gebieten erlaubt.

(3) Zu Artikel 3

- a) Als „Betätigung“ im Sinne des Artikels 3 Absatz 2 ist insbesondere, aber nicht ausschließlich, die Verwaltung, die Verwendung, der Gebrauch und die Nutzung einer Kapitalanlage anzusehen. Als eine „weniger günstige“ Behandlung im Sinne des Artikels 3 ist insbesondere anzusehen: die unterschiedliche Behandlung im Falle von Einschränkungen des Bezugs von Roh- und Hilfsstoffen, Energie und Brennstoffen sowie Produktions- und Betriebsmitteln aller Art, die unterschiedliche Behandlung im Falle von Behinderungen des Absatzes von Erzeugnissen im In- und Ausland sowie sonstige Maßnahmen mit ähnlicher Auswirkung. Maßnahmen, die aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, der Volksgesundheit oder Sittlichkeit zu treffen sind, gelten nicht als „weniger günstige“ Behandlung im Sinne des Artikels 3.
- b) Die Bestimmungen des Artikels 3 verpflichten einen Vertragsstaat nicht, steuerliche Vergünstigungen, Befreiungen und Ermäßigungen, welche gemäß den Steuergesetzen nur den in seinem Hoheitsgebiet ansässigen natürlichen Personen und Gesellschaften gewährt werden, auf im Hoheitsgebiet des

При подписании Договора между Федеративной Республикой Германия и Туркменистаном о содействии осуществлению и взаимной защите капиталовложений должным образом на то уполномоченные лица договорились также о следующих положениях:

(1) К статье 1:

- a) Доходы от капиталовложения и, в случае их повторного вложения, доходы от них пользуются равной с капиталовложением защитой.
- b) Без ущемления для других процедур определения гражданства, гражданином одного Договаривающегося Государства, в частности, считается любое лицо, которое имеет национальный заграничный паспорт, выданный компетентными органами соответствующего Договаривающегося Государства.

(2) К статье 2:

- a) Капиталовложения, осуществленные в соответствии с законодательством одного Договаривающегося Государства на его территории гражданами или компаниями другого Договаривающегося Государства, пользуются полной защитой настоящего Договора.
- b) Настоящий Договор действует также на территории исключительной экономической зоны и на континентальном шельфе, насколько Международное право допускает осуществление соответствующим Договаривающимся Государством суверенных прав или юрисдикции в отношении этих территорий.

(3) К статье 3:

- a) В качестве „деятельности“ в смысле пункта 2 Статьи 3 настоящего Договора следует рассматривать, в частности, но не исключительно управление и распоряжение капиталовложением, а также его применение и использование. В качестве „менее благоприятного“ режима в смысле Статьи 3 настоящего Договора следует, в частности, рассматривать: неодинаковый режим в случае ограничения в приобретении сырья и вспомогательных материалов, энергии и топлива, а также всех видов средств производства и оборотных средств, неодинаковый режим в случае ограничения сбыта продукции внутри страны и за границей, а также прочие меры с аналогичными последствиями. Меры, предпринимаемые в интересах общественной безопасности и общественно-го порядка, охраны здоровья народа или нравственности, не считаются „менее благоприятным“ режимом в смысле Статьи 3 настоящего Договора.
- b) Положения Статьи 3 настоящего Договора не обязывают Договаривающееся Государство распространять налоговые льготы, освобождения и скидки, предоставляемые в соответствии с налоговым законодательством только физическим лицам и компаниям с местом жительства

anderen Vertragsstaats ansässige natürliche Personen und Gesellschaften auszudehnen.

- c) Die Vertragsstaaten werden im Rahmen ihrer innerstaatlichen Rechtsvorschriften Anträge auf die Einreise und den Aufenthalt von Personen des einen Vertragsstaats, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats einreisen wollen, wohlwollend prüfen; das gleiche gilt für Arbeitnehmer des einen Vertragsstaats, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats einreisen und sich dort aufhalten wollen, um eine Tätigkeit als Arbeitnehmer auszuüben. Auch Anträge auf Erteilung der Arbeitserlaubnis werden wohlwollend geprüft.

(4) Zu Artikel 4

Ein Anspruch auf Entschädigung besteht auch dann, wenn durch staatliche Maßnahmen in das Unternehmen, das Gegenstand der Kapitalanlage ist, eingegriffen und dadurch seine wirtschaftliche Substanz erheblich beeinträchtigt wird.

(5) Zu Artikel 7

Als „unverzüglich“ durchgeführt im Sinne des Artikels 7 Absatz 1 gilt ein Transfer, der innerhalb einer Frist erfolgt, die normalerweise zur Beachtung der Transferförmlichkeiten erforderlich ist. Die Frist beginnt mit der Einreichung eines entsprechenden Antrags und darf unter keinen Umständen zwei Monate überschreiten.

(6) Bei Beförderungen von Gütern und Personen, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehen, wird ein Vertragsstaat die Transportunternehmen des anderen Vertragsstaats weder ausschalten noch behindern und, soweit erforderlich, Genehmigungen zur Durchführung der Transporte erteilen. Hierunter fallen Beförderungen von

- a) Gütern, die unmittelbar für die Kapitalanlage im Sinne des Vertrags bestimmt sind oder die im Hoheitsgebiet eines Vertragsstaats oder eines dritten Staates von einem Unternehmen oder im Auftrag eines Unternehmens angeschafft werden, in dem Vermögenswerte im Sinne des Vertrags angelegt sind;
- b) Personen, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage reisen.

или нахождения на его территории, на физические лица и компании с местом жительства или нахождения на территории другого Договаривающегося Государства.

- в) В рамках национального законодательства Договаривающиеся Государства будут благожелательно рассматривать заявки на въезд и пребывание лиц одного Договаривающегося Государства, намеревающихся приехать на территорию другого Договаривающегося Государства в связи с капиталовложением; данное положение распространяется также на работников одного Договаривающегося Государства, которые в связи с капиталовложением намереваются приехать на территорию другого Договаривающегося Государства и находиться там с целью выполнения трудовой деятельности. Благожелательно будут рассматриваться также заявки на выдачу разрешения на работу.

(4) К статье 4:

Право требования компенсации существует также и в том случае, если государство своими действиями вмешивается в предприятие, являющееся объектом капиталовложения, и, тем самым, причиняет ему существенный экономический ущерб.

(5) К статье 7:

Трансферт считается выполненным „незамедлительно“ в смысле пункта 1 Статьи 7 настоящего Договора в том случае, если он выполняется в пределах того срока, который при нормальных обстоятельствах требуется для соблюдения формальностей осуществления трансферта. Срок начинается с момента подачи соответствующей заявки и ни в коем случае не должен превышать двух месяцев.

(6) При перевозке груза и лиц в связи с капиталовложением ни одно из Договаривающихся Государств не будет препятствовать или прешаствовать транспортным предприятиям другого Договаривающегося Государства осуществлять транспортные операции и будет, по мере необходимости, выдавать разрешения на выполнение этих перевозок. Сюда относятся перевозки:

- a) груза, предназначенного непосредственно для капиталовложения в смысле настоящего Договора или приобретаемого на территории одного из Договаривающихся Государств или третьего государства за счет средств или по поручению предприятия, в которое вложены имущественные ценности в смысле настоящего Договора;
- b) лиц, находящихся в командировке в связи с капиталовложением.

Denkschrift zum Vertrag

I. Allgemeines

Die Bundesrepublik Deutschland unterstützt den wirtschaftlichen Aufbau der Entwicklungsländer durch eine Reihe von Maßnahmen. Eine wichtige Rolle spielt dabei die Förderung privater Kapitalanlagen in Entwicklungsländern. Private Kapitalanlagen sind in besonderem Maße geeignet, die wirtschaftliche Entwicklung dieser Länder zu fördern und ihre außenwirtschaftlichen Beziehungen mit der Bundesrepublik Deutschland zu verstärken. Investitionen der privaten Wirtschaft vermitteln neben Risikokapital vor allem auch technisches Wissen und unternehmerische Erfahrung.

Ein Mittel zur Förderung von Direktinvestitionen ist der Abschluß von Investitionsförderungsverträgen. Diese Verträge dienen der Förderung und dem Schutz privater Kapitalanlagen in Entwicklungsländern, indem sie bestimmte Rahmenbedingungen in völkerrechtlich verbindlicher Form festlegen.

Der Vertrag mit Turkmenistan ist ferner eine wichtige Voraussetzung für die Übernahme von Bundesgarantien gegen politische Risiken. Nach den Bestimmungen des Haushaltsgesetzes kann der Bund derartige Garantien grundsätzlich nur dann übernehmen, wenn mit dem betreffenden Land ein Investitionsförderungs- und Schutzvertrag besteht.

Der Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Turkmenistan entspricht im wesentlichen dem deutschen Mustervertrag, der auch Grundlage zahlreicher entsprechender Verträge mit anderen Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion ist.

II. Zu den Vertragsbestimmungen

Der Vertrag besteht aus 14 Artikeln; ihm ist ein Protokoll beigelegt.

Zu Artikel 1

Die Bestimmung enthält die Definition der Begriffe „Kapitalanlagen“, „Erträge“ sowie „Staatsangehörige“ und „Gesellschaften“. Nach Protokollnummer 1 Buchstabe a genießen Erträge den gleichen Schutz wie die Kapitalanlage.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung enthält die allgemeine Förderungs- und Zulassungsklausel sowie das Prinzip einer gerechten und billigen Behandlung. Jede Seite sichert ferner zu, Kapitalanlagen von Investoren der anderen Seite nicht zu diskriminieren. Gemäß Protokollnummer 2 Buchstabe a genießen die nach den Rechtsvorschriften des jeweiligen Landes vorgenommenen Kapitalanlagen den vollen Schutz des Vertrags.

Nach Protokollnummer 2 Buchstabe b gilt der Vertrag auch in den Gebieten der ausschließlichen Wirtschaftszone und des Festlandsockels, soweit das Völkerrecht dem jeweiligen Vertragsstaat die Ausübung von souveränen Rechten oder Hoheitsbefugnissen in diesen Gebieten erlaubt.

Zu Artikel 3

In Artikel 3 ist der Grundsatz der Inländerbehandlung und der Meistbegünstigung niedergelegt. Danach darf der jeweilige ausländische Investor nicht weniger günstig behandelt werden als eigene Investoren oder Investoren dritter Staaten. Der Grundsatz gilt nicht für die Vornahme von Investitionen, vielmehr erst nach Vornahme der betreffenden Kapitalanlage. In der Protokollnummer 3 Buchstabe a werden einige Beispiele einer nach dem Vertrag unzulässigen Schlechterbehandlung aufgeführt. Protokollnummer 3 Buchstabe b stellt klar, daß die Gewährung bestimmter steuerlicher Vergünstigungen an Gebietsansässige nicht im Widerspruch zum Gebot der Inländerbehandlung steht. Protokollnummer 3 Buchstabe c enthält eine Wohlwollensklausel zur Anwendung der innerstaatlichen Rechtsvorschriften hinsichtlich Einreise, Aufenthalt und Arbeitserlaubnis im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage.

Zu Artikel 4

Die Bestimmung behandelt den Eigentumsschutz sowie die Entschädigungspflicht im Falle einer Enteignung und den ordentlichen Rechtsweg zur Überprüfung von Enteignungsmaßnahmen. Eine Enteignung oder Verstaatlichung ist nur zum allgemeinen Wohl und gegen wertentsprechende Entschädigung zulässig. Die Entschädigung muß unverzüglich geleistet werden. Sie ist bis zur Zahlung zu verzinsen und muß tatsächlich verwertbar und frei transferierbar sein. Eine Entschädigungspflicht besteht gemäß Protokollnummer 4 auch bei staatlichen Eingriffen in das Unternehmen, an dem der Investor beteiligt ist. Bei Verlusten an Kapitalanlagen infolge Krieg, Staatsnotstand oder sonstiger Ausnahmesituationen wird Inländerbehandlung und Meistbegünstigung im Falle einer Entschädigung zugesichert.

Zu Artikel 5

Die Bestimmung enthält das wichtige Prinzip des freien Transfers von Kapital und Erträgen. Danach wird der Transfer von Kapital und Erträgen, der Rückzahlung von Darlehen, des Erlöses im Falle der Liquidation oder Veräußerung einer Kapitalanlage sowie der in Artikel 4 vorgesehenen Entschädigungen gewährleistet.

Zu Artikel 6

Die Bestimmung enthält den Grundsatz der Subrogation. Sie stellt sicher, daß die Bundesrepublik Deutschland im Falle einer Entschädigungszahlung an den deutschen Investor aufgrund einer Bundesgarantie gegen politische Risiken die auf sie übergegangenen Rechte und Ansprüche des Investors im eigenen Namen gegenüber dem Vertragspartner geltend machen kann.

Zu Artikel 7

Die Vorschrift enthält Bestimmungen über den anzuwendenden Wechselkurs. Gemäß Protokollnummer 5 darf die Transferfrist nach Einreichung eines entsprechenden Antrags zwei Monate nicht überschreiten.

Zu Artikel 8

Günstigere Regelungen für den Investor, sei es nach dem Recht des Anlagelandes oder aufgrund einer völkerrechtlichen Verpflichtung, gehen vor (sog. Besserstellungsklausel). Zugleich sichern die Vertragsstaaten zu, daß sie dem Investor gegenüber übernommene Verpflichtungen einhalten werden.

Zu Artikel 9

Der Vertrag gilt auch für Altinvestitionen, die vor seinem Inkrafttreten in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften des betreffenden Vertragsstaats vorgenommen worden sind.

Zu Artikel 10

Die Bestimmung sieht das übliche Schiedsverfahren bei Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsstaaten über die Auslegung oder Anwendung des Vertrags vor.

Zu Artikel 11

Dieser Artikel sieht eine internationale Schiedsgerichtsbarkeit bei Meinungsverschiedenheiten zwischen einem Investor und dem jeweiligen Gaststaat vor. Kann eine Meinungsverschiedenheit in bezug auf eine Kapitalanlage nicht binnen einer Frist von sechs Monaten durch gütliche Bemühungen beider Seiten beigelegt werden, hat der Investor das Recht, den Streit durch ein im Rahmen des „Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten“ zu bildendes Schiedsgericht entscheiden zu lassen. Der Schiedsspruch ist bindend; er wird nach innerstaatlichem Recht vollstreckt.

Zu Artikel 12

Der Vertrag enthält die übliche Fortgeltungsklausel, falls keine diplomatischen oder konsularischen Beziehungen bestehen sollten.

Zu Artikel 13

Hier ist niedergelegt, daß das beiliegende Protokoll Bestandteil des Vertrags ist.

Zu Artikel 14

Der Vertrag steht unter dem Vorbehalt der Ratifikation. Nach dem Inkrafttreten gilt der Vertrag zunächst für zehn Jahre und wird sodann – mit zwölfmonatiger Kündigungsfrist – auf unbestimmte Zeit verlängert. Im Falle einer Kündigung bleiben die bis zum Außerkrafttreten des Vertrags vorgenommenen Kapitalanlagen noch weitere fünfzehn Jahre lang geschützt.

Zum Protokoll

Das Protokoll enthält eine Reihe von Erläuterungen und Ausführungsbestimmungen, die Bestandteil des Vertrags sind. Abgesehen von den im Zusammenhang mit den jeweiligen Artikeln erwähnten Bestimmungen enthält das Protokoll in Nummer 6 ein Behinderungsverbot bei Beförderungen von Gütern und Personen im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage.

15.10.99

Stellungnahme **des Bundesrates**

Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 28. August 1997 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Turkmenistan über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

Der Bundesrat hat in seiner 743. Sitzung am 15. Oktober 1999 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben.